Stadt Lüdenscheid

Der Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 27.05.2013

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller
Ratsfrau Eveline Haue bis 18:50 Uhr
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch bis 18:40 Uhr

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer

von der Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus bis 18:40 Uhr

Gäste:

Herr Pöpping, Phänomenta Lüdenscheid	zu Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Frau Thomé, Verein Technikförderung Südwestfalen e.V.	zu Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr Wortmann, Architekturbüro KKF	zu Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Herr Michael Walker
Herr Frank Kuschmirtz
Herr Edgar Weinert

Herr Hans-Jürgen Badziura	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr Lars Bursian	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr Josef Filippek	
Herr Jörg Geßler	bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Andreas Beckmann	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr Torsten Hoffmann	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr Lothar Matzner	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Frau Verena Reuter	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr Rüdiger Rohmann	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung
Herr André Westermann	bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:56 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Zusätzliche Ausbildungsplätze für das Jahr 2013 Vorlage: 073/2013

Bürgermeister Dzewas erteilt dem Vorsitzenden des Personalrates, Herrn Filippek, das Wort.

Herr Filippek berichtet, dass er bereits im Herbst des letzten Jahres ohne großen Erfolg im Rat das Wort ergriffen habe, um sich für mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt Lüdenscheid einzusetzen bzw. zumindest den Stand der Vorjahre beizubehalten. Dass die Verwaltung nun im Nachgang weitere Ausbildungsplätze schaffen wolle, würde seitens des Personalrats begrüßt.

Er wolle aber trotzdem auf die Dramatik der Ausbildungssituation hinweisen. Die Agentur für Arbeit habe in ihrem letzten Bericht Ende März mitgeteilt, dass von 2.760 Bewerber/innen bisher nur 1.100 einen Ausbildungsplatz erhalten hätten. Somit seien 1.660 junge Menschen noch ohne Stelle. Aufgrund dieser Zahlen würde die Stadt Lüdenscheid eigentlich zu wenig ausbilden. Die öffentliche Hand und die Politik hätten Verantwortung für die Zukunft der Jugend. Er plädiere daher noch einmal dafür, über die bisher geplanten Ausbildungsplätze hinaus weitere Stellen zu schaffen.

Ratsherr Haase erkundigt sich, ob die zwei weiteren Auszubildenden nach ihrer Ausbildung übernommen würden.

Stadtkämmerer Dr. Blasweiler antwortet, dass die Verwaltung bei den vorgeschlagenen Ausbildungsberufen darauf geachtet habe, dass die Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung diese Berufe in der freien Wirtschaft ausüben könnten. Man sehe sich, wie von Herrn Filippek angesprochen, in der Verantwortung und würde sich dieser auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten stellen.
Es könne aber nicht sichergestellt werden, dass die Verwaltung die Auszubildenden übernehmen könne. Bei den ausgewählten Ausbildungsberufen lägen die Chancen aber gut, dass die Auszubildenden anschließend Stellen in der freien Wirtschaft finden würden.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über die Vorlage abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst folgenden

Beschluss:

Der Bereitstellung eines jeweils zusätzlichen Ausbildungsplatzes und der Einstellung je einer/eines Auszubildenden für den Beruf einer/eines Immobilienkauffrau/-kaufmanns bzw. einer/eines Auszubildenden für den Beruf der/des Fachinformatikerin/Fachinformatikers, Fachrichtung Systemintegration, zum 01.09.2013 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Enthaltungen:	1

3. Berichtswesen:
Bericht über den Projektstatus 'Denkfabrik'
Vorlage: 055/2013

Nach einer kurzen Einleitung durch den Projektleiter, Herrn Westermann, stellt Fachbereichsleiter Herr Bärwolf das Thema „Stadtumbau“ im Rahmen der Denkfabrik vor.

Nach seinem Vortrag weist Fachbereichsleiter Herr Bärwolf darauf hin, dass bei der Städtebauförderung bisher nicht verausgabte Mittel auf das Folgejahr übertragen werden konnten. Da das Land NRW aufgrund nicht abgerufener Mittel vieler Kommunen hohe Ausgabereste zu verzeichnen gehabt habe, seien Übertragungen in dieser Form zukünftig nicht mehr möglich. Für die zurzeit 31 Projekte bestünde nun seitens der Stadt Lüdenscheid die Verpflichtung, für die Jahre 2013 bis 2016 genaue Angaben zu den geplanten jährlichen Ausgaben zu machen. Damit die entsprechenden Mittel in dem jeweiligen Jahr abgerufen werden könnten, müsse die Verwaltung sich schon jetzt zur personellen und inhaltlichen Aufstellung
positionieren. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass die Fördergelder verfallen würden.

Ratsherr Voß erkundigt sich, wann das Areal durch den Kopfbau abgerundet würde. Der Baubeginn sei für Mitte dieses Jahres in Aussicht gestellt worden.
Herr Weinert, Fachdienst Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, teilt mit, dass sich aufgrund einer Umplanung eine Verzögerung ergeben habe. Gespräche mit der interessierten Firma würden weiterhin geführt. Ziel sei es, mit dem Bau noch in diesem Jahr zu beginnen.

Anschließend erteilt Herr Westermann Herrn Pöpping, Phänomenta Lüdenscheid, das Wort. Herr Pöpping stellt den Punkt „Ausstellung Phänomenta“ vor.

Nach dem Vortrag von Herrn Pöpping weist Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ausstellungsplaner der Phänomenta zurzeit schwierig gestalte. Aufgrund des vorgelegten Entwurfs sei es für die Zentrale Gebäudewirtschaft problematisch, die erforderlichen Ausschreibungen / Vergaben entsprechend zu erstellen. Zurzeit würden ernste Gespräche mit der Projektleitung der Phänomenta und dem Ausstellungsplaner geführt. In den nächsten zwei Wochen würde sich entscheiden, ob eine solide und für beide Seiten tragbare Basis gefunden werden könne, um das Projekt fortzusetzen. Im Moment gebe es noch keinen Anlass zur Besorgnis. Sollte sich aber etwas Gravierendes ereignen, würde er die Mitglieder des Hauptausschusses ent-sprechend informieren.

Als Nächstes tragen Herr Beckmann, Zentrale Gebäudewirtschaft, Einzelheiten zum aktuellen Stand des An-/Umbaus der Phänomenta und Herr Wortmann, Architekturbüro KKF, zum Planungsstand der Werkplanung vor.

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer erkundigt sich nach den Folgekosten bei den von Herrn Wortmann vorgestellten zwei unterschiedlichen Materialien von Membranen.

Aufgrund der schlechten Witterungsverhältnisse in Lüdenscheid interessierten sie insbesondere die Kosten für die Reinigung.

Herr Wortmann führt hierzu aus, dass beide Materialien Vor- und Nachteile hätten. Das beigefarbene Material sei aus Glasfaser, länger haltbar und habe einen Selbstreinigungs-effekt. Das weiße Material aus PVC sei preiswerter, würde aber leichter verschmutzen.
Beide Materialen seien aber schon problemlos im hiesigen Bereich eingesetzt worden.

Auf Nachfrage von Zweiter Stellvertretender Bürgermeisterin Meyer teilt Herr Wortmann mit, dass Reinigungen nach einer gewissen Zeit bei beiden Materialien erforderlich seien.

Anschließend stellt Herr Bärwolf Frau Thomé vom Verein Technikförderung Südwestfalen e.V. vor und berichtet zunächst zu dem Bereich Technikzentrum.

Im Anschluss stellt Frau Thomé u. a. aktuelle Projekte, z. B. Roberta, Karriere EN, Kinderuni, Formel 1 in den Schulen, der zdi-Initiative des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW vor. Sie verteilt hierzu entsprechende Anschauungsmaterialien aus verschiedenen Schülerprojekten. Diese Exponate bzw. Experimentierinhalte seien von den Schülerinnen und Schülern selbst bearbeitet worden. Ab 2015 würden die vorgestellten Exponate auch im Technikzentrum vorhanden sein. Darüber hinaus würden weitere Module entwickelt, die themengetreu an Lüdenscheid, den Märkischen Kreis und Südwestfalen angelehnt seien.

Herr Westermann gibt einen Überblick zu dem Thema Öffentlichkeitsarbeit / Markting. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die Homepage der Denkfabrik hin.

Die Präsentationen zu den Vorträgen „Stadtumbau“, „Phänomenta-Ausstellung“, „Phänomenta / An- und Umbau“ und „Öffentlichkeitsarbeit / Marketing“ sind der Original-niederschrift als Anlagen beigefügt und zur Information im Ratsinformationssystem eingestellt.

Abschließend nimmt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid den Bericht formal zur Kenntnis.

4. Konzeption eines Angebotes zur Erlangung eines Hauptschulabschlusses Vorlage: 080/2013

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Fraktion diese Maßnahme begrüßen würde.
Er bitte aber darum, wie in der Vorlage erläutert, die Verhandlungen hinsichtlich der Kostenbeteiligung von Dritten intensiv zu führen, da es sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handele. Nach Möglichkeit sollten auch Bundes- und Landesmittel in Anspruch genommen werden.

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass sich eine Bundesbeteiligung als schwierig erweisen könnte. Es habe zu Beginn der Reformierung im Leistungskatalog SGB III das Angebot von Schulabschlüssen der Bundesagentur für Arbeit gegeben. Dieses Angebot sei aber nach kurzer Zeit mit der Begründung, dass es sich hierbei nicht um eine Angelegenheit des Bundes handele, wieder eingestellt worden. Zurzeit würden Gespräche mit dem Jobcenter bezüglich einer direkten oder auch indirekten Beteiligung geführt.

Ratsherr Holzrichter weist darauf hin, dass die zusätzlichen Kosten über die Einsparungen bei nicht wiederbesetzten Planstellen aufgefangen werden sollten. Bei der Verabschiedung des Haushaltssicherungskonzeptes habe sich der Rat der Stadt Lüdenscheid darauf verständigt, zusätzliche Personalkosteneinsparungen dafür zu nutzen, Steuererhöhungen, die für 2015 geplant seien, zu vermeiden.

Bürgermeister Dzewas antwortet, dass es zurzeit keinen anderen Deckungsvorschlag gebe. Gegebenenfalls werde sich bis zur Erstellung der Beschlussvorlage noch eine andere Möglichkeit ergeben.

Ratsfrau Linnepe berichtet, dass aufgrund ihrer Erfahrungen der Vorschlag, einen Lehrgang nach Klasse 9 vorzuschalten und den Hauptschulabschluss nach Klasse 10 zu erlangen, an dem Problem vorbeigehe. 75 % dieser Schüler/innen hätten keine fachlichen sondern soziale Schwierigkeiten. Ein Abschluss nach der 9. Klasse wäre wünschenswert. Sie könne sich nicht vorstellen, dass die Schüler/innen noch ein Jahr länger zur Schule gehen würden. Eventuell könnte mit dem Jobcenter gesprochen werden, ob statt dessen berufsvor-bereitende Maßnahmen durchgeführt werden könnten.

Bürgermeister Dzewas erwidert, dass die in dem Bericht vorgeschlagene Vorgehensweise auf die Erfahrungen der Kurse zurückgehe, die zurzeit den Schulabschluss nach Klasse 10 erlangen wollten. Hier gebe es eine hohe Abbruchquote von ca. 50 %. Durch eine Vorschaltmaßnahme würden die Fachleute die Möglichkeit sehen, diese Quote zu verringern. Bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen handele es sich auch um Personen, die bereits Anspruch auf SGB II hätten. Schulabschlüsse seien dann oft Voraussetzung, um weiter-gehende Maßnahmen besuchen zu können.

Nach weiterer Aussprache teilt Bürgermeister Dzewas mit, dass nähere Erläuterungen in der angekündigten Beschlussvorlage sowie durch den Leiter der Volkshochschule in der entsprechenden Sitzung erfolgen würden.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird mit den Beteiligten das Konzept konkretisieren und als Vorlage dem Hauptausschuss / Rat vorlegen.

2. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

5.2. Beantwortung von Anfragen

5.2.1. Fällung von markanten Bäumen im Stadtgebiet

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Adam in der öffentlichen Sitzung des Rates am 15.04.2013 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5.2.2. Beseitigung von Efeu an städtischen Gebäuden

Ratsherr Adam bezieht sich auf die schriftlich vorgelegte Beantwortung seiner Anfrage in der öffentlichen Sitzung des Rates am 15.04.2013 (Anlage zur Niederschrift).

Aufgrund der Beantwortung seien keine weiteren Efeuentfernungen vorgesehen. Zurzeit würde aber Efeu an dem Gebäude des Geschwister-Scholl-Gymnasiums entfernt.

Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, sagt Prüfung und ergänzende Auskunft zu.

5.3. Anfragen

5.3.1. Vollsperrung der L 532 Oedenthaler Straße

Ratsherr Fröhling bezieht sich auf die Vollsperrung der Oedenthaler Straße aufgrund der Einsturzgefahr des Bachdurchlasses Grebbecke. Nach Aussage der Anwohner habe der Landesbetrieb Straßen NRW die Straße nun mit Betonpollern anstelle der bisher aufge-stellten Baken gesperrt.
Im unteren Bereich der Oedenthaler Straße gebe es mehrere Landwirte, die im oberen Bereich der Straße Felder bestellen und die Tiere auf den Weiden versorgen müssten. Hier ergebe sich nun das Problem, dass die betroffenen Landwirte mehrmals täglich die komplette Umleitung mit Traktoren oder anderen landwirtschaftlichen Geräten über Brügge/ Lösenbacher Landstraße/ Heedfelder Straße fahren müssten.
Er frage an, wie hier schnell Abhilfe geschaffen werden könne.

Bürgermeister Dzewas antwortet, dass die Verwaltung hierüber heute ebenfalls informiert worden sei. Er werde Straßen NRW anschreiben und um eine Ersatzlösung bitten. Eine Aussage über die Standfestigkeit der Brücke könne seitens der Verwaltung nicht getroffen werden. Nach den ihm vorliegenden Informationen hätten die Landwirte bisher die mobilen Absperranlagen zur Seite geräumt. Aus diesem Grunde habe der Landesbetrieb Straßen NRW die massiveren Poller eingesetzt.

5.3.2. Querung von Fußgängern am Sauerfeld

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer erkundigt sich, was seit ihrer letzten Anfrage hinsichtlich der gefährlichen Querung von Fußgängern über die Straße am Sauerfeld unternommen worden sei.

Fachbereichsleiter Bärwolf antwortet, dass der Bau- und Verkehrsausschuss sich mit diesem Punkt bereits beschäftigt habe. Es seien mehrere Varianten geprüft worden. Nach längerer Diskussion habe sich der Ausschuss darauf verständigt, dass die Verkehrswacht gemeinsam mit der Verwaltung zunächst ein Warnschild entwickeln und aufstellen werde. Zu diesem Thema werde in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 29.05.2013 berichtet.

5.3.3. Teilsperrung des Tunnels Kölner Straße

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer bezieht sich auf die seit Wochen einge-richtete einseitige Sperrung des Tunnels von der Kölner Straße Richtung Altenaer Straße. Diese Sperrung sei aufgrund der Beleuchtung, die herabzustürzen drohe, eingerichtet worden. Sie frage daher an, ob geplant sei, die Beleuchtung zu erneuern oder komplett zu entfernen. Die Teilsperrung könne keine Dauerlösung sein.

Technische Beigeordnete Ziemann antwortet, dass die Beleuchtung aufgrund gesetzlicher Regelungen erneuert werden müsse. Zurzeit würde gemeinsam mit einem Ingenieurbüro nach kostengünstigen Möglichkeiten gesucht.

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer erkundigt sich, ob absehbar sei, wann die Beleuchtung erneuert würde. Technische Beigeordnete Ziemann sagt Recherche und Beantwortung zu.

Ratsherr Skowasch-Wiers führt ergänzend aus, dass sich aufgrund der einseitigen Sperrung des Tunnels ein Rückstau bis zur nächsten Ampel bilden würde.

5.3.4. Parkfläche hinter dem Alten Amtsgericht

Ratsherr Adam berichtet, dass er von Anwohnern der Freiherr-vom-Stein-Straße und Gartenstraße auf die Parksituation angesprochen worden sei.
Hinter dem Alten Amtsgericht in der Philippstraße befände sich eine große Freifläche.
Er frage daher an, ob auf diesem Areal Parkflächen entstehen könnten.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung zu. Zunächst müsse der Eigentümer ermittelt werden. Eine Beantwortung könne gegebenenfalls schon in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 29.05.2013 erfolgen.

gez. Dieter Dzewas	*gez. Kerstin Marré*
Vorsitzender	Schriftführerin